



# Pressemitteilung

Berlin, 13.08.2015

Hartmannbund-Umfrage belegt enormen Nachholbedarf

## **Voraussetzungen für umfassende Mediziner Ausbildung in der ambulanten Versorgung sind noch lange nicht gegeben!**

Angesichts der anhaltenden Diskussionen um eine stärkere Abbildung der ambulanten Versorgung im Medizinstudium – schwerpunktmäßig der Allgemeinmedizin – hat der Vorsitzende des Hartmannbundes, Dr. Klaus Reinhardt, vor allem mit Blick auf kurzfristige Fortschritte vor überzogenen Erwartungen gewarnt. So belege eine aktuelle Umfrage des Hartmannbundes zum Thema „Ambulante Pflichtabschnitte im PJ?! Wie praxistauglich sind diese Pläne?“, an der mehr als 800 niedergelassene Ärztinnen und Ärzte teilgenommen haben, einen enormen Nachholbedarf bei der Bereitstellung von ambulanten Ausbildungsplätzen im Rahmen des Praktischen Jahres (PJ). Demnach bilden bisher nur rund zehn Prozent der Befragten Studierende im PJ aus. Und nur rund ein Drittel der Befragten gab an, bereits akademische Lehrpraxis zu sein – mehrheitlich aber bisher Blockpraktika und Famulaturen angeboten zu haben.

Reinhardt: „Gerade vor dem Hintergrund von Forderungen nach ambulanten Pflichtabschnitten in der Allgemeinmedizin wird deutlich, dass hier zwischen formuliertem Anspruch und strukturellen Voraussetzungen eine erhebliche Differenz liegt“. Positiv bewertet der Hartmannbund-Vorsitzende die hohe grundsätzliche Bereitschaft der niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen, akademische Lehrpraxis zu werden. Erhebliches „Nachhol-Potential“ sei vor allem im Bereich der niedergelassenen Fachärzte erkennbar, die hinsichtlich der Ausbildung von Studierenden im PJ bisher häufig nicht gefragt waren. So kann sich die Mehrzahl der rund zwei Drittel der Umfrageteilnehmer, die bisher noch keine akademische Lehrpraxis sind – unter ihnen

HB-Pressestelle  
Michael Rauscher (Leiter)  
Andrea Reich (Sekretariat)

Tel.: 030 206208-11  
Fax: 030 206208-14  
E-Mail: [presse@hartmannbund.de](mailto:presse@hartmannbund.de)

Hauptgeschäftsführung  
Kurfürstenstraße 132  
10785 Berlin

Telefon: 030 206208-0  
Telefax: 030 206208-29  
E-Mail: [hb-info@hartmannbund.de](mailto:hb-info@hartmannbund.de)  
Internet: [www.hartmannbund.de](http://www.hartmannbund.de)

Gläubiger-ID  
DE48 1000 0000 3900 15  
Deutsche Apotheker-  
und Ärztebank eG Düsseldorf  
IBAN DE10 3006 0601 1201 0850 18  
BIC DAAEDEDXXX  
Ust.-Nr.: 27/620/56879

etwa zur Hälfte Fach- und Hausärzte – vorstellen, zu einem späteren Zeitpunkt akademische Lehrpraxis zu werden.

Die Hürden für eine – auf Freiwilligkeit basierende – Stärkung der Medizinerbildung im ambulanten Bereich allerdings, auch das belegt die Umfrage, sind hoch. So geben jeweils etwa 20 Prozent der Befragten an, ihnen fehle es für eine akademische Lehrpraxis an Räumlichkeiten oder ausreichender Zeit für die Betreuung der Medizinstudierenden. Wieder andere scheuen die Bürokratie des Akkreditierungsverfahrens oder sind nicht im Besitz einer Weiterbildungsbefugnis. Größte Herausforderung aber dürfte die Finanzierung der Ausbildung sein. Für rund zwei Drittel der Niedergelassenen wäre ein finanzieller Zuschuss von monatlich mindestens 500 Euro bis zu mehr als 1000 Euro Voraussetzung für die Übernahme eines Auszubildenden.

Reinhardt: „Um einen Abschnitt des Praktisches Jahres im ambulanten Versorgungsbereich qualifiziert anbieten zu können, müssen nicht nur flächendeckend akademische Lehrpraxen bereitstehen, sondern muss auch die Finanzierung geregelt sein.“ Allein die benötigten Aufwandsentschädigungen für die PJ-Lehrpraxen, die von den Universitäten gezahlt werden, seien immens. So gehen Hochrechnungen der vergangenen Jahre von rund 20 Millionen Euro pro Jahrgang aus, wenn alle PJ-Studierenden einen Pflichtabschnitt zum Beispiel in der Allgemeinmedizin absolvieren müssten. Hinzu kämen Kosten für das Coaching der Lehrpraxen und für die Durchführung der Staatsexamina durch Lehrärzte. „Viel Geld für eine Verpflichtung, die von den Studierenden nicht gewollt wird“, so Reinhardt.

Dass die ambulante Versorgung im Medizinstudium, insbesondere im Fach Allgemeinmedizin, eine größere Rolle spielen muss, und über notwendige Finanzmittel auch jenseits von möglichen Verpflichtungen diskutiert werden müsse, hält aber auch der Hartmannbund für wichtig. „Wir plädieren für die Aufteilung des PJ in zwei Pflicht - und zwei Wahlquartale, wobei alle Studierenden die Möglichkeit erhalten sollen, eines der beiden neu geschaffenen Wahlquartale in der ambulanten Versorgung ableisten zu können – bei Haus- und bei Fachärzten unabhängig von der Fachrichtung“, so Reinhardt. Diesen Vorschlag hat der Hartmannbund auch im Rahmen seiner Stellungnahme zum „Masterplan Medizinstudium 2020“ unterbreitet und bekräftigt, dass die primärärztliche bzw. ambulante Versorgung im Medizinstudium ebenso eine stärkere Rolle spielen muss wie der Praxis- und Patientenkontakt – viel früher im Studium und studienbegleitend.